

ELENA ZUBKOVA

DIE SOWJETISIERUNG DER BALTISCHEN REPUBLIKEN – EIN IMPERIALES PROJEKT?

Fast 50 Jahre lang waren Estland, Lettland und Litauen ein Teil der Sowjetunion. Das „Sowjetbaltikum“ erwies sich als ein Sonderphänomen, das nicht nur ein Ergebnis der Einverleibung der baltischen Staaten in die UdSSR und ihrer nachfolgenden Sowjetisierung gewesen war, sondern auch durch seine Existenz das Bild der Sowjetunion teilweise veränderte. Die baltischen Republiken können gleichzeitig als *Objekte* und *Subjekte* des Sowjetisierungsprozesses betrachtet werden. Es ist wichtig, diese Doppelperspektive zu beachten, wenn man sich mit der Geschichte der Sowjetzeit im Baltikum allgemein oder aber mit dem Prozess der Nationsbildung beschäftigt.¹

Die Sowjetunion wie auch ihr historischer Vorgänger – das Russische Reich – waren nie ein Monolith gewesen, die Bestandteile des Staates (Republiken bzw. Gouvernements) unterschieden sich durch ihre kulturellen Traditionen, Lebensstandards und Wirtschaftsniveaus voneinander. Die Strategien und Praktiken der Nationalitätenpolitik haben im Laufe der Sowjetgeschichte nicht nur einmal eine Wende erlebt. Wenn den Hauptvektor dieser Politik die Propagandaformel von der „Verschmelzung der Nationen“ bestimmte, ging es in der Realität um Unifizierung und Russifizierung. Vollzog sich eine Wende hin zur Berücksichtigung nationaler Spezifika und Interessen, ging die Zentrale zu einer „Verwurzelungspolitik“ über und öffnete mehr Freiräume für die Entwicklung der nationalen Kulturen und Wirtschaften. Dementsprechend wechselten von Zeit zu Zeit die Sowjetisierungspraktiken in den baltischen Republiken – von Zwang und Terror zu Toleranz und der Erarbeitung von Anpassungsstrategien.

¹ Siehe Karte 1.

Das Problem der unterschiedlichen Völkerschaften war eine der wesentlichen Konstanten des Russischen Reichs wie auch der Sowjetunion.² Der Prozess der Nationsbildung für Esten, Letten und Litauer begann im 19. Jahrhundert, als diese Nationen noch ein Teil des Vielvölkerreiches Russland waren.³ In der Unabhängigkeitsperiode wurde dieser Prozess intensiviert und entwickelte sich im Format eines Überganges – von der Kulturnation, von der ethnischen Nation (*ethnic nation*) zu einer Staatsbürgernation (*civic nation*). Der Wandel verlief nicht ohne Spezifika und Reibungen, von den baltischen Eliten wurde der Nationalstaat meist als Staat *für* die (oder *der*) Letten/Esten/Litauer konzipiert. Die politische Umsetzung der bedeutete oft eine Verdrängung aus dem *nation-building* (im Sinne einer Staatsbürgernation) – so für die Deutschbalten in Lettland und Estland, für die Polen in Litauen.

1940 gestaltete sich die Situation für die baltischen Staaten in solcher Weise, dass sie zwangsläufig zwischen „zwei Übeln“ zu wählen hatten – dem „deutschen“ oder dem „russischen“ / „sowjetischen“. In intellektuellen und teils auch militärischen Kreisen war damals die Meinung verbreitet, dass vom Standpunkt des nationalen Interesses das „deutsche Übel“ schlimmer als das „russische“ sei. Man befürchtete, bei den „ordentlichen“ Deutschen würden Letten und Esten schneller assimiliert, verdrängt, ethnisch verschmolzen werden als bei den „Russen“. Außerdem wurde die russische/sowjetische Herrschaft als kurze, vorübergehende wahrgenommen.⁴ Diese Hoffnungen wurden bereits wenige Monate nach der Annexion zerstört, das Jahr 1940 verankerte sich im kollektiven Gedächtnis der Letten, Esten und Litauer als das „Jahr des Schreckens“.⁵

Trotzdem hat die 1940 begonnene Sowjetisierung den Prozess der Nationsbildung nicht unterbrochen – sie hat ihn „umformatiert“: Nach

² ANDREAS KAPPELER, Rußland als Vielvölkerreich. Entstehung – Geschichte – Zerfall, München 2008.

³ Ebd., S. 183–191.

⁴ ALEXANDER SHTROMAS, Pribaltijskie gosudarstva [Baltische Staaten], in: Problemy nacional'nych otnošenij v SSSR (po materialam zapadnoj pečati) [Probleme der nationalen Beziehungen in der UdSSR (nach den Materialien der Auslandspresse)], Moskva 1989, S. 98, 184; Polpredy soobščajut ... Sbornik dokumentov ob otnošenijach SSSR s Latviej, Litvoj i Ėstoniej. Avgust 1939 – avgust 1940 [Die Botschafter berichten ... Dokumente über Beziehungen der UdSSR mit Lettland, Litauen und Estland. August 1939 – August 1940], Moskva 1990, S. 31, 99.

⁵ JÜRGEN ZARUSKY, Kampfplatz Geschichte. Anmerkungen zur europäischen Erinnerungspolitik nach dem Untergang des Kommunismus, in: Forum für osteuropäische Ideen- und Zeitgeschichte 18 (2014), H. 1, S. 141–173, hier 160 f. Siehe auch Abb. 1.



Abb. 1: Die Rote Armee in Riga, Juni 1940

dem Souveränitätsverlust entwickelte sich das *nation-building* im Kontext der sowjetischen Nationalitätenpolitik weiter. Für die baltischen Nationen bedeutete die Annexion eine „zweite Einverleibung“ in das russische / sowjetische Imperium, der prinzipielle Unterschied zur russischen Imperiumsperiode lag aber darin, dass alle drei baltischen Staaten bereits ein Stück ihrer Unabhängigkeitgeschichte gelebt hatten und sie deswegen die Einverleibung nicht als „normalen“ Zustand hinnehmen konnten.⁶ Dies bildete ein Problem, mit dem sowohl die sowjetische Zentrale wie auch die lokalen kommunistischen Eliten stets konfrontiert waren, so dass ihre Nationalitätenpolitik an die realen Verhältnisse und die Stimmungslage der Bevölkerung angepasst werden musste.

Nach 1940 ergaben sich für die Esten, Letten und Litauer drei Typen von Überlebensstrategien: 1. Widerstand, 2. Anpassung, 3. „Profitieren“. Die Widerstandsstrategie, mit der Orientierung auf Unterstützung „von außen“, vom Westen, scheiterte in den ersten Nachkriegsjahren.⁷ Strategien der Anpassung und des „Profitierens“ bedeuteten u.a., die Ressourcen

⁶ DMITRIJ FURMAN, Opyt baltijskich stran i ego značenie dlja Rossii (vvedenie) [Die Erfahrung der baltischen Länder und ihre Bedeutung für Russland (Einleitung)], in: Strany Baltii i Rossija. Obščestva i gosudarstva [Die Länder des Baltikums und Russland. Gesellschaften und Staaten], hg. v. DERS. / ĖLLA ZADOROŽNJUK, Moskva 2002, S. 3–27.

⁷ Grundlegend zum Thema der Widerstandsbewegung im Baltikum: The Anti-Soviet Resistance in the Baltic States, hg. v. ARVYDAS ANUSAUSKAS, Vilnius 1999; ALEKSANDR STATIEV, The Soviet Counterinsurgency in the Western Borderlands, Cambridge 2010.

des großen Landes der Sowjetunion für die Interessen der Nation, vor allem die nationalen Wirtschaften zu nutzen.

Als „Affirmative Action Empire“⁸ bot die Sowjetunion verschiedene, meistens ökonomische Vorzüge für die Republiken an. Ideologisch handelte es sich um eine „Ausgleichstrategie“, als die Zentrale für ökonomisch „schwache“ Regionen Vorteile bei Investitionen, Planungen oder Steuerzahlungen anbot. Doch für Estland und Lettland, die bereits vor der Einverleibung in die UdSSR ein entwickeltes Wirtschaftssystem ausgebildet hatten, konnte eine Ausgleichstrategie kaum attraktiv sein. Nur für das vorwiegend agrarische Litauen wäre es im Prinzip möglich gewesen, von der Ausgleichspolitik zu profitieren. Deswegen wurde das Präferenzsystem für die baltischen Republiken auf einem anderen Prinzip aufgebaut: Ihre Bürger sollten die „Vorteile“ ihrer Eingliederung in die UdSSR – etwa hinsichtlich nationalen Wirtschaftens, Bildung, Verwaltung – in das Verhältnis zu den Zeiten der Unabhängigkeit setzen. Das war eine schwer erfüllbare Aufgabe – besonders im Kontext der repressiven Praktiken des Stalinismus.

Stalinismus im Baltikum bedeutete vor allem einen Bruch mit dem gewachsenen Wirtschaftssystem und dem traditionellen Lebensstil. Er bedeutete eine Isolation vom „Westen“, ein Diktat der kommunistischen Ideologie, Zwang und Terror. Dennoch erwies sich das stalinistische Projekt, aus Estland, Lettland und Litauen einen „vollwertigen“ Teil der Sowjetunion zu machen, in wesentlichen Punkten als unrealisierbar – zumindest nach dem „klassischen“ Muster, das in den anderen, „alten“ Republiken der UdSSR bereits praktiziert wurde. Estland, Lettland und Litauen wurden ein Teil der Sowjetunion, allerdings eine *andere* Sowjetunion – wenn nicht eine antisowjetische, so doch eine untypische.

Im inoffiziellen Sprachgebrauch wurde das baltische Spezifikum verschiedenartig definiert: der „sowjetische Westen“, das „innere Ausland“, das „Schaufenster“ der Sowjetunion. Diese Bezeichnungen tauchten in den 1960er Jahren auf, allerdings besaßen die baltischen Republiken ihren inoffiziellen Sonderstatus innerhalb der Sowjetunion von Anfang an – von der Annexion 1940 bis zum Zerfall der UdSSR. Die Sonderstellung des Baltikums knüpfte an die historische, imperiale Tradition an: Im Russischen Reich wurden in den Ostseeprovinzen die Privilegien der politischen Elite (vorwiegend des deutschbaltischen Adels) im Bereich der Grundrechte, Selbstverwaltung und Wirtschaft durch den russischen

⁸ TERRY MARTIN, *An Affirmative Action Empire. Nations and Nationalism in the Soviet Union, 1923–1939*, Ithaca 2001.

Kaiser gewährleistet, lettische und estnische Bauern wurden früher von der Leibeigenschaft befreit als die Bauern in den anderen Teilen des Imperiums, die evangelische Kirche verfügte im Baltikum über einen größeren Freiraum.

Die zweite und wichtigste Ursache des Sonderstatus der baltischen Republiken innerhalb der Sowjetunion war ein Widerstandsfaktor. Es handelte sich nicht nur um einen direkten Widerstand, in Form einer bewaffneten Opposition oder Protestbewegung, sondern auch um einen Komplex von Grundwerten und Praktiken, die der Sowjetisierungspolitik entgegenwirkten. Diese stützten sich auf wirtschaftlich-kulturelle Traditionen (Marktwirtschaft, der Einzelhof als Kernstück der Raum- und Wirtschaftsorganisation, die Selbstverwaltung der lokalen Gesellschaften) bis hin zu mentalen Charakteristika. Das mentale Spezifikum – ein Problem, mit dem Moskau bereits von der Annexion 1940 an rechnen musste,⁹ – kann zu den resistenten und langfristigen Widerstandsfaktoren gegenüber der Sowjetisierung gezählt werden.

Was bedeuteten Stalins Pläne für den Prozess der Nationsbildung in den baltischen Staaten nach der Einverleibung in die Sowjetunion? Ging es um ein imperiales Projekt, um die Befriedigung von Stalins Imperium-Nostalgie? Bereits während der Verhandlungen mit den Vertretern der baltischen Staaten im Sommer 1939 benutzten Josif Stalin und Vjačeslav Molotov (damals der Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten) eine imperial-historische Rhetorik: Sie appellierten an das „historische Interesse“ Russlands im Baltikum und erinnerten an Peter I., der für Russland den Zugang zur Ostsee geöffnet hatte.¹⁰

Allerdings ging es 1939 eher um eine ideologische Verbrämung und Rechtfertigung einer in Vorbereitung begriffenen Aktion, der Unterzeichnung von Beistandsverträgen mit der Sowjetunion. Weder Stalin noch seine Umgebung betrachteten zunächst die Einverleibung des Baltikums im Kontext des *nation-building*. Stalin handelte pragmatisch – mit dem Blick auf den großen Krieg in Europa. 1939 und 1940 hatte er kein Szenario, keinen Masterplan für die Sowjetisierung des Baltikums.¹¹ Als die Sowjetunion 1939 mit Estland, Lettland und Litauen die Beistandsverträge unterzeichnete, stand die Annexion der baltischen Staaten noch nicht auf

⁹ ELENA ZUBKOVA, *Pribaltika i Kreml'. 1940–1953* [Das Baltikum und der Kreml], Moskva 2008, S. 121–123.

¹⁰ Ebd., S. 54.

¹¹ OLAF MERTELSMANN, *Der stalinistische Umbau in Estland. Von der Markt- zur Kommandowirtschaft*, Hamburg 2006, S. 32 f.

der Tagesordnung. Stalin bestimmte die Rolle der Pakte in seinem Gespräch mit Georgi Dimitrov, dem Generalsekretär der Kommunistischen Internationale, folgendermaßen:

„Durch die Beistandspakte hat die Sowjetleitung eine Form gefunden, die es uns ermöglicht, eine Reihe von Staaten in unsere Einflussosphäre einzubeziehen. Jedoch ist es einstweilen erforderlich, ihre Souveränität aufrechtzuerhalten, ohne sie zu sowjetisieren. Mit der Zeit werden sie es selbst tun.“¹²

In dieser Aussage Stalins ist offensichtlich ein Modell ersichtlich, das nach dem Krieg in den Ostblockländern verwirklicht wurde: Einflussphären ohne Souveränitätsverlust für die untergeordneten Staaten zu schaffen. In den baltischen Ländern entwickelte sich die Situation auf andere Weise, da sie im Juni 1940 von der Sowjetunion annektiert wurden.

Nach dem Sieg der Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg 1945 hatten sich ihre Grenzen denen des Russischen Reiches am Ende des 19. Jahrhunderts angenähert. Gleichzeitig mit der Wiederherstellung der historischen Grenzen ging die Wiedergeburt der imperialen Ideologie und der imperialen Politik einher, allerdings in einer in manchen Punkten modernisierten Weise und unter dem Mantel der kommunistischen Phraseologie. Obwohl die Annexion der baltischen Staaten vom Westen *de jure* nicht anerkannt wurde, wurden diese *de facto*, nach den Vereinbarungen 1945 zwischen den Alliierten über die Nachkriegsgrenzen, ein Teil der Sowjetunion.

Die Sowjetisierung der baltischen Republiken in der Nachkriegszeit wurde wesentlich vom außenpolitischen Kontext geprägt. Seit 1945 befand sich das sowjetische Hegemoniemodell in einem Prozess der Umgestaltung, als sich die Sowjetisierung weit über die Nachkriegsgrenzen der UdSSR ausbreitete. Das sowjetische Imperium („imperiale Formation“, wie es treffend Dietrich Beyrau in diesem Band bezeichnet) bekam eine neue Konfiguration, zusammengesetzt aus *inneren* und *externen* Segmenten, den Sowjetrepubliken bzw. osteuropäischen „Volksdemokratien“. ¹³ Das sogenannte „sozialistische Lager“ kann weder zum Zeitpunkt seiner Entstehung noch später als homogen bezeichnet werden, seine verschiedenen Teile und die dort ablaufenden Prozesse waren vielmehr heterogen.

Gleichzeitig lässt sich ein charakteristisches Merkmal feststellen: Die Sowjetisierungsprozesse in den westlichen Regionen der UdSSR (in den

¹² MICHAÏL M. NARINSKIÏ, *Kreml' i Komintern 1939–1941 gg.* [Kreml und Komintern, 1939–1941], in: *Svobodnaia mysl* 2 (1995), S. 16–18.

¹³ Ausführlich zu diesem Problem siehe Dietrich Beyrau in diesem Band.

baltischen Republiken) und in den osteuropäischen Ländern, die ihre Souveränität beibehalten hatten, verliefen nicht selten nach einem ähnlichen Szenario, hatten mindestens eine gemeinsame Dynamik und gemeinsame Wendepunkte. In den ersten Nachkriegsjahren, bis 1947, versuchte die Moskauer Zentrale, sich eher an flexible Taktiken für die Verwaltung ihrer internen und externen Peripherie zu halten. In Bezug auf die osteuropäischen Länder drückte sich dies vor allem in einer toleranten Haltung gegenüber den „nationalen“ Konzepten des Sozialismus aus, die sich vom sowjetischen Modell unterschieden. Im baltischen Fall ging es um relativ milde Sowjetisierungspraktiken: die Absage an eine forcierte Kollektivierung, die Beibehaltung der bäuerlichen Privatwirtschaften und des privaten Unternehmertums, Versuche, in einen Dialog mit einheimischen Intellektuellen zu treten, die Anerkennung der Bedeutung des Sprachproblems für nationale Identität und Kultur. Nur gegenüber der bewaffneten Opposition blieb die Stellung Moskaus kompromisslos.

Ein Wechsel der Inkorporationstaktik der baltischen Republiken in das sowjetische System fand im Laufe der Jahre 1947/48 statt und war mit einer allgemeinen Krise der Osteuropapolitik der Sowjetunion verbunden. Im Kern bestand die erneute Wende darin, dass Moskau nach der Gründung des Kommunistischen Informationsbüros (Kominform) zu einer Unifizierung, zum offenen Diktat und Druck auf seine „Satellitenstaaten“ überging. Die sowjetische Erfahrung wurde zum einzigen Muster erklärt, dem sowohl osteuropäische Staaten wie auch die sowjetischen Republiken des Baltikums folgen sollten. Die Spezifik dieser Periode im sowjetischen Baltikum lag beispielsweise im Übergang zur Massenkollektivierung sowie in der Verstärkung der Repressionen gegen verschiedene Bevölkerungsgruppen. Die Säuberungen 1949 bis 1952 betrafen auch Vertreter der politischen Eliten in der UdSSR und in den osteuropäischen Staaten. Unter den baltischen Republiken war Estland am stärksten von der Parteisäuberung betroffen (1950), als viele führende Funktionäre ihre Posten verloren und gerichtlich belangt wurden. Es begannen Massendeportationen von Bauern und deren Familien, stigmatisiert als „Kulaken“ und „Handlanger des Klassenfeindes“. Erst nach dem Tod Stalins zeichnete sich eine neue Wende in den Beziehungen zwischen Moskau und den Ostblockländern sowie zwischen der Zentrale und der sowjetischen nationalstaatlichen Peripherie ab.

Nach dem Krieg, wie auch im Laufe der ersten Etappe der Sowjetisierung 1940 bis 1941, wurde eine „spezifische“ Konzeption für die Nationalitätenpolitik im Baltikum nicht diskutiert: Die Bürger der baltischen Staaten, die den Status von Sowjetrepubliken bekamen, sollten – wie die

Bürger anderer Republiken der Sowjetunion – ein Teil einer Supernation, des „Sowjetvolkes“ werden. Die besondere Haltung der Moskauer Zentrale gegenüber dem Baltikum äußerte sich weniger in einer spezifischen Nationalitätenpolitik als vielmehr in konkreten Sowjetisierungspraktiken. Die Kollektivierung im Baltikum nahm erst 1947 ihren Anfang, die Massenkollektivierung begann erst 1949. Der Privatsektor in der Landwirtschaft und in der Dienstleistungssphäre war weitaus größer als in den anderen Teilen der Sowjetunion. Die baltische Landbevölkerung bekam 1945 in Litauen, 1947 in Lettland und Estland Personalausweise (Pässe). Die russischen Kolchosbauern warteten darauf noch 30 Jahre lang – bis 1976. Die politische Elite im Baltikum verfügte über weit mehr Spielraum im Vergleich zu den Eliten in den „alten“ Sowjetrepubliken. Allerdings waren diese Spielräume klar begrenzt, und die kommunistische Führung im Baltikum wie in anderen Regionen stand unter Moskauer Kontrolle, auch fanden von Zeit zu Zeit Kadersäuberungen und Elitenwechsel statt.

Doch diese im Vergleich mit den übrigen Sowjetisierungspraktiken auffallenden Unterschiede spielten für die baltischen Nationen eine geringe Rolle. Viel empfindlicher waren die Verluste, die die nationale Identität bedrohten und das nationale Gedächtnis tief verletzten. Vier Faktoren spielten dabei eine entscheidende Rolle: 1. Die Emigration vor der „zweiten“ Sowjetisierung 1944; 2. die Verluste im Partisanenkrieg; 3. die Zwangsmigrationen (Deportationen); 4. die Einwanderung von „Fremden“.

Das Jahr 1953 markierte durch Stalins Tod eine Wende in der Nationalitätenpolitik. Die „Tauwetterzeit“, die fast bis zum Ende der 1960er Jahre dauerte, kann als eine besonders wichtige Phase im Nationsbildungsprozess des sowjetischen Baltikums bezeichnet werden. Bemerkenswert ist, dass die Analyse der Situation im Baltikum und in der Westukraine den Anstoß zur Wende im Jahr 1953 gegeben hatte:¹⁴ Zu Beginn lag die Initiative bei Lavrentij Berija, dem Minister für innere Angelegenheiten, der den „neuen Kurs“ vertrat, danach schaltete sich Nikita Chruščev mit dem Apparat des ZK der KPdSU in die Entscheidungsprozesse ein. Zwei grundlegende Ideen bestimmten den Inhalt des „neuen Kurses“: Anerkennung der Ineffizienz der repressiven Praktiken und Beachtung nationaler

¹⁴ Ausführlicher dazu: TÖNU TANNBERG, Die Pläne Moskaus für Estland im Sommer 1953, in: Vom Hitler-Stalin-Pakt bis zu Stalins Tod. Estland 1939–1953, hg. v. OLAF MERTELSMANN, Hamburg 2005, S. 282–295; MICHAEL LOADER, Beria and Khrushchev. The Power Struggle over Nationality Policy and the Case of Latvia, in: *Europe-Asia Studies* 10 (2016), S. 1759–1792.

Spezifika (bei Kaderpolitik, Bildung, Kultur). Als Folge der Entscheidungen von Mai und Juni 1953 kam es zu einem massenhaften Kaderwechsel in den baltischen Republiken, als russische Beamte in Verwaltung, Bildung und anderen Sphären durch einheimische ersetzt wurden. Nach der Verhaftung Berijas wurde diese Politik offiziell als „fehlerhaft“ verurteilt und dem ehemaligen Minister angelastet. Trotzdem wurde in der Praxis der „neue Kurs“, u. a. auch die Indigenisierung (*korenizacija*), besonders auch die Aufwertung der nationalen Sprachen im öffentlichen Sprachgebrauch, fortgesetzt.¹⁵

Die Rahmenbedingungen der Nationalitätenpolitik (in den Grenzen des Möglichen) wurden vom Zentrum für alle Unionsrepubliken bestimmt, dennoch passten sich ihnen die Regionen unterschiedlich an. Die baltischen Eliten benutzten die günstige politische Situation, um nationale Interessen zu artikulieren und den Fokus auf die Entwicklung der nationalen Kultur, Wirtschaft und Bildung zu richten. Die „Taufwetterzeit“ wurde in den baltischen Republiken eine Periode der Belebung kultureller Aktivitäten und des Erstarkens des Nationalbewusstseins. Die Entwicklung, die diese nationalen Kulturen in jenen Jahren nahmen, gibt allen Grund, von einer realen „kulturellen Autonomie“ zu sprechen,¹⁶ wobei im sowjetischen System jede Art von Autonomie, ob national oder kulturell, relativen Charakter trug. Die Staatsideologie passte sich nur mühsam der Idee der nationalen Eigenheit an und tendierte von Zeit zu Zeit zu Unifizierung und Russifizierung. Natürlich konnte eine kulturelle Autonomie die fehlende politische Autonomie nicht ersetzen, aber sie war ein wichtiger Faktor für den Erhalt der nationalen Einheit und Identität der Letten, Litauer und Esten.

In der Taufwetterzeit versuchte Moskau, ein neues Format der Beziehungen mit den Ländern des sozialistischen Lagers (Aufrechterhaltung der Kontrolle ohne offenes Diktat, Zusammenarbeit in verschiedenen Bereichen) vorzugeben. Auch mit dem Westen wurde ein Übergang von der Konfrontation zum Dialog eingeleitet. Dieser Prozess hatte eine ambivalente Dynamik und war nicht irreversibel, wie die Ereignisse in Ungarn (1956) und in der Tschechoslowakei (1968) sowie eine Reihe von internationalen Krisen und Konflikten belegen – Suez (1956), Berlin (1961), Kuba

¹⁵ TÕNU TANNBERG, *Politika Moskvy v respublikah Baltii v poslevoennye gody, 1944–1956. Issledovanija i dokumenty* [Die Politik Moskaus in den baltischen Republiken in den Nachkriegsjahren, 1944–1956. Forschungen und Dokumente], Moskva 2010, S. 162–173.

¹⁶ ROMUAL MISIUNAS / REIN TAAGEPERA, *The Baltic States. Years of Dependence. 1940–1980*, London 1983, S. 151–179.

(1962) etc. Trotzdem wurde die UdSSR weltoffener, das Image eines „kommunistischen Monsters“ wurde nach und nach durch ein anderes, friedliebenderes und sogar leicht europäisiertes ersetzt.¹⁷

Veränderungen in der Außenpolitik der Sowjetunion waren für die baltischen Republiken von besonderer Bedeutung: Diese Region, vor allem Lettland und Estland, war im Gegensatz zu anderen Teilen der Sowjetunion aufgrund ihrer geografischen Lage, der historischen Traditionen und der früheren wirtschaftlichen Beziehungen immer nach Europa bzw. zum Westen hin ausgerichtet gewesen. Nicht zuletzt spielte die menschliche Dimension eine Rolle – die durch den Krieg und die sowjetische Annexion geteilten Familien, deren Mitglieder den Kontakt zueinander suchten. 1955 erhielten Bürger der baltischen Republiken die offizielle Erlaubnis, mit Verwandten im Ausland zu korrespondieren. 1957 wurde Riga für ausländische Touristen geöffnet, zwei Jahre später folgten Tallinn und Vilnius nach. Dank der intensiven Entwicklung der Handelsflotte wurden die sowjetischen Ostseehäfen zu einer Art Brücke zwischen der UdSSR und der „großen“ Welt. Im Allgemeinen war jedoch die relative Offenheit der Sowjetunion (im Vergleich zu der Stalinismusperiode) eher eine „Einbahnstraße“: Es war für Ausländer einfacher, in die UdSSR zu gelangen, als für Sowjetbürger, ins Ausland zu reisen, von einer Emigration ganz zu schweigen.

Die Kritik an Stalin auf dem 20. Parteitag der KPdSU (1956) erfuhr eine breite internationale Resonanz, die sich unter anderem in politischen Krisen in Osteuropa äußerte. Nach dem radikalsten Szenario entwickelten sich die Ereignisse in Polen und Ungarn, sie wurden zugleich zum Katalysator der Protestbewegung in den baltischen Sowjetrepubliken.

Die wichtigste Lösung der Protestaktionen 1956 im Baltikum war die Forderung nach staatlicher Unabhängigkeit. Seither fanden in den baltischen Republiken regelmäßig Aktionen zivilen Ungehorsams statt, aus Anlässen wie dem kirchlichen Feiertag Allerheiligen in Litauen und in allen drei Republiken an offiziellen sowjetischen Feiertagen, insbesondere dem 7. November, dem Jahrestag der Oktoberrevolution 1917. In den 1960er Jahren wurden die baltischen Republiken, in erster Linie Litauen, zum Zentrum der Dissidentenbewegung und des *Samizdat* (Selbstverlags-

¹⁷ Ausführlicher dazu: ELENA ZUBKOVA / SERGEJ ZUBKOV, Das große PR-Projekt „Nikita Chrusčev für den Westen“. Konstruktionsmechanismen und Repräsentationsstrategien eines neuen Sowjetunionbildes, in: Russlands imperiale Macht. Integrationsstrategien und ihre Reichweite in transnationaler Perspektive, hg. v. BIANKA PIETROW-ENNKER, Köln 2012, S. 209–225.

wesen) in der Sowjetunion.¹⁸ „Tauwetter“ bedeutete im Vergleich mit dem Stalinismus eine Rückkehr zur Normalität, und diese Wende veränderte das Verhalten der baltischen Bevölkerung gegenüber den sowjetischen Realitäten.

Die Proteststimmungen – in latenter oder offener Form (wie die Studentenproteste 1956) – waren immer ein Teil des politischen Lebens im Baltikum, doch seit Mitte der 1950er Jahre bis Ende der 1980er Jahre bestimmte Loyalität den Haupttrend des Stimmungswechsels. Loyalität und Kompromissbereitschaft schafften die Rahmenbedingungen, die es den baltischen Nationen ermöglichten, ihre Identität und insgesamt ihre nationale Agenda zu erhalten. Allerdings war es teils eine *andere* Identität.

Der litauische Historiker Saulus Grybkauskas verweist in dieser Hinsicht auf die Gestaltung einer neuen „sowjetischen litauischen Identität“ und auf ein neues Phänomen – den „sowjetischen Litauer“ (*Soviet Lithuanian*).¹⁹ Sowjetisierung der Identität, das war ein Prozess, von dem auch Letten und Esten betroffen waren, obwohl er nicht die „Auflösung“ der „kleinen“ Nationen in einer „großen“ bedeutete. Es handelte sich um die Vertreter neuer Generationen, deren Sozialisierung in der sowjetischen Realität und in sowjetischen Institutionen erfolgte – Schule, Pionierorganisation, Komsomol, Militärdienst etc. Die Sozialisierungsbedingungen und die Anpassung prägten die Identität, doch ihre nationale Eigenart ging nicht verloren. Außerdem verfügten das Schulwesen und besonders die Universitäten in den baltischen Republiken über eine gewisse nationale Autonomie, die diese Institutionen nicht nur für die einheimischen Jugendlichen, sondern auch für die Intellektuellen aus anderen Teilen der Sowjetunion attraktiv machte.

Zwei Faktoren waren für die Erhaltung der nationalen Agenda maßgeblich: Akteure und spezifische Räume / Sphären. Als Akteure spielten vor allem nationale politische Eliten (*Nomenklatura*) einerseits²⁰ und

¹⁸ MISIUNAS / TAAGEPERA, The Baltic States, S. 250–271, 299–303.

¹⁹ SAULUS GRYBKAUSKAS, Soviet Modernisation, Atheism and Insular Lithuanian Society, in: Lithuanian Historical Studies 20 (2015), S. 213–231.

²⁰ Über die Rolle der *Nomenklatura* in Litauen grundlegend: DERS., Sovietinė nomenklatūra ir pramonė Lietuvoje 1965–1985 metais [Sowjetische Nomenklatur und Industrie in Litauen 1965–1985], Vilnius 2011; VILIUS IVANAUSKAS, Lietuviškoji nomenklatūra biurokratinėje sistemoje. Tarp stagnacijos ir dinamikos (1968–1988) [Litauische Nomenklatur im bürokratischen System. Zwischen Stagnation und Dynamik (1968–1988)], Vilnius 2011.

Intellektuelle andererseits²¹ eine entscheidende Rolle.²² Es wurde zu einem Qualitätstest der nationalen Eliten, inwieweit sie fähig und bereit waren, im Dialog mit dem Zentrum die Interessen der Nation zu vertreten oder lediglich nach den Anweisungen Moskaus zu handeln. Die Situation entwickelte sich in den drei Republiken unterschiedlich: Die Litauer bestanden den Test, die lettische Führung verlor nach der politischen Niederlage der Nationalkommunisten 1959 ihre Position und Autorität als Vertreterin der nationalen Interessen, die Esten nahmen in der Regel eine Zwischenstellung ein.

In den baltischen Gesellschaften erlangten jene Sphären eine Sonderstellung, die weniger der staatlichen Kontrolle unterstanden – lokale Gesellschaften, private Bereiche, informelle Räume (Cafés, Klubs).²³ Die Rückkehr zur Normalität eröffnete neue Möglichkeiten für ihre Entwicklung und Bedeutung. In diesen Räumen konstituierten sich nationale Netzwerke, auf Grund derer sich in der späten Sowjetzeit eine Art unsichtbare Gesellschaft herausbildete.²⁴ Diese schuf eine alternative sowjetische Realität und kann als Ausgangspunkt für die informellen nationalen Bewegungen der *Perestrojka*-Zeit betrachtet werden.

Die Nationalitätenpolitik hatte nicht nur eine politische und kulturelle, sondern auch eine ökonomische Dimension. Die Umstrukturierung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen dem Zentrum und den baltischen Republiken erfolgte seit Mitte der 1950er Jahre im Rahmen des Gesamtprozesses der Reformierung des Planungs- und Verwaltungssystems in der UdSSR. Die Idee der Dezentralisierung und Ausweitung der wirtschaftlichen Rechte der Unionsrepubliken bestimmte die Hauptrichtung des Wandels. Nikita Chruščev formulierte seine Position folgendermaßen: „Mehr Verantwortung auf die Schultern der Republiken verlegen, der Zentrale Kontrolle und Überprüfung überlassen“.²⁵ In seinem Bericht auf dem 20. Parteitag (1956) benutzte Chruščev zum ersten Mal

²¹ Über die Sonderrolle der Intellektuellen im Prozess der Nationsbildung: VIOLETA DAVOLIŪTĖ, *The Making and Breaking of Soviet Lithuania: Memory and Modernity in the Wake of War*, London 2014.

²² GRYBKASKAS, *Soviet Modernisation*, S. 219–229.

²³ OLAF MERTELSMANN, *Everyday Life in Stalinist Estonia*, Frankfurt am Main 2012.

²⁴ *Nematoma sovietmečio visuomenė* [Die unsichtbare sowjetische Gesellschaft], hg. v. AINĖ RAMONAITĖ, Vilnius 2015.

²⁵ Nikita Sergejevič Chruščev. *Dva sveta vremeni. Dokumenty iz ličnogo fonda N. S. Chruščeva* [Nikita Sergejevič Chruščev. Zwei Zeitfarben. Dokumente aus dem Personalbestand von N. S. Chruščev], Bd. 2, hg. v. NATALIA G. TOMILINA, Moskva 2009, S. 237.

den Begriff „nationale Wirtschaft“ im Kontext der Erweiterung der Wirtschaftskompetenzen der Republiken.²⁶

Die Verteilung der Kompetenzen zwischen dem Unionszentrum und den Republiken entwickelte sich schrittweise. 1955 war eine Reihe von Ministerien nicht mehr der Unionszentrale, sondern den Republiken unterstellt. 1957 wurde eine Verwaltungsreform durchgeführt, im Zuge derer die meisten Verwaltungsfunktionen an die neu etablierten Wirtschaftsregionen und die neuen territorialen Verwaltungsstrukturen (*sov-narchosy*) delegiert wurden. Litauen, Lettland und Estland wurden zu einer baltischen Wirtschaftsregion (*Pribaltiiskij ékonomičeskij rajon*) zusammengefasst. 1959 kam es zu einer Budgetreform. Im konsolidierten Budget der Sowjetunion übertraf erstmals der Anteil der Republiken den Allunionsteil.²⁷

Neue Verteilungsregeln schufen weitere Möglichkeiten für nationales Wirtschaften. Wirtschaftsreform und Dezentralisierung betrafen alle Sowjetrepubliken, der „Sonderfall Baltikum“ bestand darin, dass die baltischen Republiken, vor allem Estland und Lettland, über mehr Mobilität und Potenzial verfügten, um die günstige Situation maximal für ihre inneren Bedürfnisse zu nutzen. Es ist kein Zufall, dass nach der Gegenreform von 1965, als einige Industriezweige aus den Kompetenzbereichen der Republiken herausgenommen und wieder den Zentralministerien untergeordnet wurden, die Republiken zum Teil das Interesse an einer weiteren Entwicklung verloren. Die litauische Führung vernachlässigte beispielsweise von diesem Zeitpunkt an den Bau der großen Energie- und Industrieobjekte zugunsten der Förderung von Landwirtschaft, Bauwirtschaft und Infrastruktur.²⁸

Solche Praktiken entsprechen dem Konzept des „wirtschaftlichen Nationalismus“. In dessen Kontext kam dem „fünften“ Sekretär des ZK der kommunistischen Parteien in den baltischen Republiken eine wichtige Rolle zu. Der Sekretär war für ökonomische Fragen zuständig, in dieser seit 1955 bestehenden Position arbeiteten Vertreter der Titularnation – nicht Parteifunktionäre, sondern „Praktiker“. Einige von ihnen wie Algir-

²⁶ XX s-ezd KPSS, Stenografičeskij otčet [Der 20. Parteitag der KPdSU. Stenogramm], Bd. 1, Moskva 1956, S. 91.

²⁷ Sovetskaja model' ékonomiki: sojuznyj Centr i respubliki Pribaltiki. 1953 – mart 1965 gg. [Sowjetisches Wirtschaftsmodell: Unionszentrale und baltische Republiken. 1953 – März 1965], hg. v. ELENA ZUBKOVA, Moskva 2015, S. 22.

²⁸ GRYBKASKAS, Sovietinė nomenklatūra, S. 408 f.; IVANAUSKAS, Lietuviškoji nomenklatūra, S. 642–644.

das Brazauskas in Litauen und Karl Vaino in Estland übernahmen später Führungspositionen in ihren Republiken. Im Unterschied zu den „zweiten“ Sekretären, in der Regel Russischsprachige, die lediglich als „Moskauer Gesandte“ wahrgenommen wurden, vertraten die „Fünften“ in erster Linie die nationalen Interessen.²⁹ Besonders erfolgreich und effektiv nutzte die litauische Führung Praktiken und Räume des „wirtschaftlichen Nationalismus“. 1964 wurde im Gosplan³⁰ in Moskau ein Generalplan der Verteilung der Industrie- und Infrastrukturprojekte in der UdSSR vorbereitet. Nach diesem Muster mussten alle Unionsrepubliken ihre Pläne vorlegen. Die Litauer waren die ersten, die diese günstige Situation im Interesse ihrer nationalen Wirtschaft nutzten. Nach der Idee von Antanas Sniečkus (des Ersten Sekretärs des ZK der LKP) sollten die Hauptressourcen auf die Entwicklung der Kleinstädte ausgerichtet werden. Neue Industrieobjekte mussten technologisch innovativ sein, dazu wurde auch eine Entwicklung der Infrastruktur – Autobahnen, Logistik – geplant.³¹

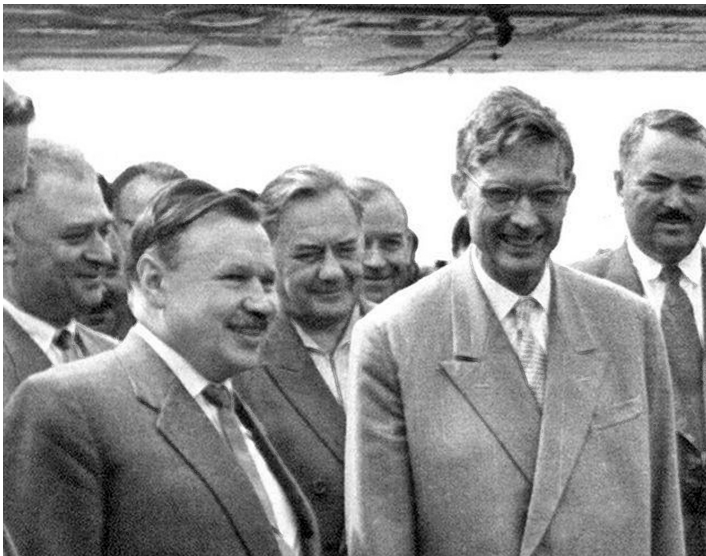


Abb. 2: Der Erste Sekretär des ZK der Kommunistischen Partei Litauens Antanas Sniečkus und der Sekretär des ZK der KPdSU Michail Suslov, Vilnius 1960

²⁹ GRYBKAS, *Sovietinė nomenklatura*, S. 111–139.

³⁰ Gosplan: Staatliches Planungskomitee des Ministerrates der UdSSR.

³¹ *Sovetskaja model' ekonomiki*, S. 41–43. Siehe auch Abb. 2.

Außerdem wurde eine ganze Reihe von Maßnahmen getroffen, die die Übersiedelung von Landbewohnern in die Städte fördern sollte, sodass im Urbanisierungsprozess Litauer den größten Anteil am Wachstum der städtischen Bevölkerung hatten.³² So konnte Litauen nicht nur die mit einem großen Zuwandererstrom verbundenen Probleme vermeiden, sondern blieb auch die ethnisch homogenste der baltischen Republiken: 80 Prozent der Einwohner waren Litauer (1980 betrug der Anteil der Esten an der nationalen Zusammensetzung Estlands 64,5 Prozent, der der Letten in Lettland 53,5 Prozent).³³

Die national orientierte Politik der litauischen Führung hatte langfristige, effektive Folgen: Nach dem Zerfall der Sowjetunion war Litauen der einzige baltische Staat, in dem ein Staatsbürgerschaftsgesetz verabschiedet wurde. Allen Teilen der Bevölkerung Litauens wurde ungeachtet der Nationalität die Staatsbürgerschaft der Litauischen Republik zuerkannt.³⁴

Es ist schwierig, die Ergebnisse der wirtschaftlichen Entwicklung der baltischen Republiken in der Sowjetzeit mit denen der Unabhängigkeitsperiode zu vergleichen, da sowjetische wirtschaftliche Bewertungskriterien, besonders qualitative, mit den europäischen nicht übereinstimmen.³⁵ Relativ korrekte Vergleichsbewertungen sind innerhalb der Sowjetunion möglich, trotz der Mängel der sowjetischen Statistiken.

Die baltischen Republiken galten nicht zufällig als „Schaufenster der Sowjetunion“. Der Lebensstandard in Estland und Lettland war höher als in anderen Regionen des Landes. So betrug das Nationaleinkommen pro Kopf der Bevölkerung in der UdSSR insgesamt im Jahr 1956 535 Rubel, während es in Lettland 647 Rubel und in Estland 636 Rubel erreichte – die höchsten Kennziffern in der UdSSR. Litauen lag mit 459 Rubeln unter dem Unionsdurchschnitt, was sich durch den allgemeinen Entwicklungsstand und durch die Struktur der nationalen Wirtschaft mit einer überwiegenden Orientierung auf den Agrarsektor erklären lässt. Im Jahr 1961 lag in Estland der Pro-Kopf-Anteil der Bevölkerung am Nationaleinkommen bei 720 Rubel, in Lettland bei 717 Rubel, während der Unionsdurchschnitt bei 547 Rubeln lag. Zum Vergleich seien die Angaben zur Russi-

³² ZIGMANTAS KIAUPA, *The History of Lithuania*, Vilnius 2002, S. 311.

³³ MISIUNAS / TAAGEPERA, *The Baltic States*, S. 353.

³⁴ ALGIRDAS BRAZAUSKAS, *Pjat' let prezidenta. Sobytiya, vospominaniya, mysli* [Fünf Jahre Präsident. Ereignisse, Erinnerungen, Gedanken], Moskva 2002, S. 62.

³⁵ MARTIN KLESMENT u. a., *Childbearing and Macro-economic Trends in Estonia in the XX Century*, Tallinn 2010, S. 39–44.

schen Föderation (598 Rubel), zur Ukraine (559 Rubel) und zu Litauen (489 Rubel) herangezogen.³⁶

Der durchschnittliche monatliche Arbeitslohn lag in Estland und Lettland gleichfalls höher als in der gesamten UdSSR. Besonders bemerkenswert ist, dass nur in diesen Republiken (und später auch in Litauen) die Arbeitskosten in den Kolchosen höher waren als in der Industrie. Im Jahr 1990 lag in der UdSSR der durchschnittliche Monatslohn von Arbeitern und Angestellten bei 275 Rubeln und in den Kolchosen bei 241 Rubeln, während er in Estland bei 341 Rubeln beziehungsweise 352 Rubeln lag, in Lettland 291 Rubel und 301 Rubel betrug und in Litauen 283 Rubel und 303 Rubel.³⁷

Die Existenz einer verbesserten Modellvariante der Sowjetunion in Gestalt des sowjetischen Baltikums war allerdings nicht nur von Vorteil, dieses Image und die im Vergleich zum sowjetischen Standard höhere Lebensqualität schufen zugleich Probleme für die baltischen Republiken, weil sie für Migranten besonders attraktiv wurden. Diese kamen nicht nur auf der Suche nach einem „besseren Leben“ ins Baltikum. Ihr Zustrom war auch durch das sowjetische Wirtschaftssystem programmiert, das in erster Linie auf eine Entwicklung der Industrie ausgerichtet war. Deshalb trug die Migration teilweise regulierenden Charakter und wurde beispielsweise auf dem Wege einer organisierten Auslese von Arbeitskräften für Betriebe und Baustellen verwirklicht. Doch unabhängig von den Motiven, die die Menschen ins Baltikum zogen, entwickelte sich die Migration mit der Zeit zu einem der schärfsten und schmerzlichsten Probleme der Region, vor allem in Lettland und Estland. Da unter den Migranten russischsprachige Sowjetbürger in der Mehrzahl waren, erhielt der klassische Konflikt zwischen den „Eigenen“ und den „Fremden“ einen ethnischen Unterton: So waren die Subjekte in diesem Konflikt die Vertreter der baltischen Ethnien auf der einen und die russischsprachigen Einwohner auf der anderen Seite. In Wirklichkeit besaßen die Konflikte im Umfeld der Migration jedoch weniger einen ethnischen als vielmehr einen kulturellen und sozialen Charakter im „ethnischen Gewand“.³⁸

Die Vertreter der Titularnationen betrachteten den Zustrom der „Fremden“ als eine Bedrohung in verschiedener Hinsicht – wirtschaftlich, sozial, kulturell, dabei auch als Bedrohung der nationalen Identität. Wenn

³⁶ Sovetskaja model' ekonomiki, S. 8.

³⁷ Ebd.

³⁸ VALERIJ TIŠKOV, Očerki teorii i politiki etničnosti v Rossii [Züge einer Theorie und Politik der Ethnizität in Russland], Moskva 1997, S. 305.

auch einige Befürchtungen nicht ohne Grund waren (Russifizierung, Arbeitskonflikte, soziale Probleme, vor allem Wohnungsmangel etc.), erwiesen sich doch Bedenken hinsichtlich einer Erosion der nationalen Identität als überflüssig. Das beweisen soziologische Umfragen kurz vor dem Zerfall der Sowjetunion, die beispielsweise den Unterschied zwischen den Mentalitäten/Identitäten der Vertreter verschiedener Nationen im Baltikum thematisierten. So forderte eine im April 1991 durchgeführte Erhebung die Befragten auf, sich zwischen einem starken Staat und individuellen Rechten und Freiheiten zu entscheiden.³⁹ In Lettland und Estland, die damals noch der UdSSR angehörten, zeigte sich ein wesentlicher Unterschied zwischen den Antworten der Titularbevölkerung (Letten und Esten) und jenen der Russen. Für eine Priorität von liberalen Werten sprachen sich in Lettland 64,6 Prozent der Letten und 49,8 Prozent der Russen aus, in Estland waren es 68,9 Prozent der Esten und 46,1 Prozent der Russen. Einen starken Staat bevorzugten in Lettland 43,4 Prozent der Russen und 23,1 Prozent der Letten, in Estland 42,7 Prozent der Russen und 23,7 Prozent der Esten.

In Russland sprachen sich insgesamt 38,8 Prozent der Befragten für individuelle Rechte und Freiheiten aus, während 50,2 Prozent einen starken Staat favorisierten. Mithin gaben die Russen sowohl im Baltikum als auch in Russland etatistischen Werten gegenüber liberalen den Vorzug. Bemerkenswerterweise waren die „baltischen“ Russen ein wenig liberaler eingestellt als ihre Landsleute in Russland. Durch diese Untersuchung wurde noch eine weitere Tendenz offenkundig: Bei Russen, die bereits seit mehr als 30 Jahren im Baltikum lebten, dominierten liberale Werte, während „späte“ Migranten noch immer den etatistischen Paradigmen verhaftet waren.

Die Zeit der *Perestrojka* markierte für die baltischen Nationen eine Zäsur, nach der der Abschied vom sowjetischen Imperium folgte.⁴⁰ Galina Starovojtova, eine russische Politikerin und Wissenschaftlerin, bemerkte einmal in einem Gespräch mit lettischen Politikern als Antwort auf deren Absicht, den Austritt ihrer Republik aus der UdSSR zu vollziehen:

³⁹ RENAL'D CH. SIMONJAN, *Rossija i strany Baltii. Dve modeli postsovetskogo razviti-ja* [Russland und die baltischen Länder. Zwei Modelle postsowjetischer Entwicklung], Moskva 2009, S. 109.

⁴⁰ Zu den Ereignissen in drei baltischen Republiken in der *Perestrojka*-Zeit: ANATOL LIEVEN, *The Baltic Revolution. Estonia, Latvia, Lithuania and the Path to Independence*, New Haven / London 1994, S. 214–316; *The Baltic States and the End of the Cold War*, hg. v. KAAREL PIIRIMÄE / OLAF MERTELSMANN, Berlin 2018.

„Aus einem Imperium tritt man nicht aus, so etwas ist noch nie vorgekommen. Man tritt aus einem demokratischen Staat aus. Und der muss erst einmal geschaffen werden.“⁴¹

Die baltischen Republiken unternahmen intensive Anstrengungen, um die Transformation des Sowjetimperiums in einen modernen demokratischen multinationalen Staat voranzutreiben. Ihre Bürger – Balten und Russen (damals noch zusammen) – demonstrierten, wie sich die Umgestaltungsprozesse in zivilisierten, nicht gewalttätigen Formen entwickeln konnten (im Unterschied zu den blutigen Konflikten in Georgien, Aserbaidschan oder Usbekistan). Baltische Vertreter nahmen aktiv an der Vorbereitung eines neuen Unionsvertrags teil. Die „baltische“ Variante der neuen Unionskonfiguration war radikal, aber konstruktiv. Diese Chance wurde aber durch die unnachgiebige Position des Zentrums vergeben. Nach den Ereignissen im Januar 1991 in Vilnius und Riga⁴² blieb den Balten keine andere Wahl, als aus dem Imperium zu „fliehen“. Diese Flucht markierte gleichzeitig ein Ende des imperialen Projekts, das 1940 begonnen hatte.

Im sowjetischen sowohl politischen als auch ökonomischen und kulturellen Raum erwies sich das Baltikum (Estland, Lettland, Litauen) als ein Sonderphänomen. Wie erwähnt, wurde das baltische Spezifikum im inoffiziellen Sprachgebrauch, vor allem unter Intellektuellen, verschiedenartig definiert: „sowjetischer Westen“, „inneres Ausland“, „Schaufenster der Sowjetunion“. Dennoch kann man über eine spezifische „baltische“ Nationalitätenpolitik kaum sprechen. Die Rahmenbedingungen dieser Politik wurden vom Zentrum für alle Unionsrepubliken bestimmt, die baltischen Eliten nutzten sie besser als die Eliten in den „alten“ Sowjetrepubliken, um nationale Interessen zu artikulieren und den Schwerpunkt auf die Entwicklung der nationalen Kultur, Wirtschaft und Bildung zu legen.

⁴¹ Zit. nach ANATOLIJ ČERNJAEV, *Sovmestnyj ischod. Dnevnik dvuch epoch. 1972–1991 gody* [Gemeinsamer Ausgang. Tagebuch zweier Epochen. 1972–1991], Moskva 2010, S. 802.

⁴² Die Ereignisse in Vilnius am 13. Januar 1991 verankerten sich im Gedächtnis der Litauer als „Blutsonntag von Vilnius“. An diesem Tag versuchten sowjetische Militärkräfte und Spezialeinheiten mit Gewalt dem Bestreben Litauens nach realer Unabhängigkeit von der Sowjetunion entgegenzuwirken. Im Mittelpunkt der Ereignisse standen Schutz und Angriff des litauischen Fernsehturms, es kamen 14 Zivilisten – Verfechter der Unabhängigkeit Litauens – dabei ums Leben. Der „Blutsonntag von Vilnius“ rief eine Protest- und Solidaritätsreaktion in Lettland hervor. Bereits am 13. Januar wurden in Riga erste Barrikaden gebaut. Zwei Wochen lang dauerte die Protestaktion, die ohne blutige Konfrontationen verlief, obwohl sie sieben Menschen das Leben kostete. Die Ereignisse in Riga wurden als „Barrikaden-Zeit“ bezeichnet. Siehe auch Abb. 3.



Abb. 3: Vilnius, 13. Januar 1991

Die Annexion 1940, die nachfolgende Einverleibung in die UdSSR und die Sowjetisierung haben den bereits im 19. Jahrhundert begonnenen Prozess der Nationsbildung der Esten, Letten und Litauer nicht unterbrochen – er wurde „umformatiert“: Nach dem Souveränitätsverlust entwickelte sich das *nation-building* im Kontext der sowjetischen Nationalitätenpolitik weiter. Jahrzehnte später tauchten neue Generationen auf, deren Sozialisierung in der sowjetischen Realität und in sowjetischen Institutionen erfolgte. Die Vertreter dieser Generationen haben die nationale Identität, ihre Eigenart nicht verloren, obwohl sie bereits teils „sowjetisch“ geprägt war (Sowjetisierung der Identität).

Die Sonderstellung des Baltikums im Rahmen des Sowjetprojekts lässt sich unter anderem durch die Westorientierung Estlands, Lettlands und Litauens erklären. In den Nachkriegsjahren wurde die Sowjetisierung dieser Unionsrepubliken stark vom außenpolitischen Kontext geprägt. Nach 1945 erschien das sowjetische Imperium („imperiale Formation“) in einer neuen Konfiguration, zusammengesetzt aus inneren (Sowjetrepubliken) und externen (osteuropäische „Volksdemokratien“) Segmenten. Die Sowjetisierungsprozesse in den baltischen Sowjetrepubliken und in den osteuropäischen Ländern, die ihre Souveränität beibehalten hatten, verliefen nicht selten nach einem ähnlichen Szenario, hatten mindestens eine gemeinsame Dynamik und gemeinsame Wendepunkte – wie 1947, 1953, 1988/89.

Nach der „konservativen“ Wende 1947 versuchte Moskau seit 1953 („Tauwetterzeit“) ein neues Format der Beziehungen mit den Ländern des „sozialistischen Lagers“ (Aufrechterhaltung der Kontrolle ohne offenes Diktat, Zusammenarbeit in verschiedenen Bereichen) vorzugeben. In den baltischen Republiken wurde die „Tauwetterzeit“ eine Periode der Belebung kultureller Aktivitäten und des Erstarkens des Nationalbewusstseins. 1988/89 markierte ein Ende der Sowjethegemonie sowohl in den externen als auch in den inneren Teilen des „Imperiums“, das nun kein Imperium mehr war.

Abbildungsnachweis

Karte 1: http://map1.com.ua/130050_BIG_0_0.jpg (Zugriff: 09.03.2021).

Abb. 1: https://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/7/77/Riga_1940_Soviet_Army.jpg (Zugriff: 09.03.2021).

Abb 2: <https://www.15min.lt/nuotrauka/3517952> (Zugriff: 09.03.2021).

Abb. 3: https://commons.wikimedia.org/wiki/File:January_13_events_in_Vilnius_Lithuania.jpg (Zugriff: 09.03.2021).